

SED-Demonstranten stahlen

Oberst McQuail: 5000 Dollar Schaden — Aktion war geplant

Berlin (dpa). Nähere Einzelheiten über die Demonstration vor der US-Militärmission in Potsdam, die gegen die amerikanische Landung im Libanon stattfand, sind vom Chef der Mission, Oberst McQuail, bekanntgegeben worden. Der Oberst bezifferte den entstandenen Schaden auf 5000 Dollar. Sämtliche Räume seien durchwühlt und auch persönliches Eigentum gestohlen worden. Man habe die US-Flaggen heruntergerissen und die Außenwände der Mission beschmiert.

Der Oberst betont in seiner Erklärung zu den Vorfällen, daß die Aktion augenscheinlich geplant und organisiert gewesen sei. Die meisten Demonstranten seien mit Bussen und Lastkraftwagen angekommen. Die Wachen der „Volkspolizei“

hätten nichts unternommen, um die Vorfälle zu verhindern.

Zu Beginn der Aktion, so erklärte der Oberst, habe er sich gerade in Westberlin aufgehalten. Die Nachricht von den Ereignissen sei ihm von Missionsangehörigen, die sich in einem

Zimmer verbarrikadiert gehabt hätten, telefonisch mitgeteilt worden. Daraufhin habe er sofort die sowjetischen Behörden in Potsdam zu Schutzmaßnahmen aufgefordert. Gemeinsam mit mehreren US-Offizieren sei er dann zum Missionsgebäude gefahren, nachdem ihm die sowjetische Kommandantur zwei Offiziere in einem Wagen als Eskorte gewährt habe. Den Sowjets sei es jedoch nicht gelungen, den Weg durch die Menge zu bahnen, welche die amerikanischen Wagen umzustoßen suchte. Darauf habe er bei der in der Nähe liegenden Sowjetkaserne um Unterstützung nachgesucht. Bei einem zweiten Versuch sei es ihm schließlich gelungen, zum Haus der Mission vorzudringen. Nach der Demonstration seien einige „Volkspolizisten“ erschienen und hätten einen deutschen Angestellten der Mission beschuldigt, die US-Flaggen heruntergerissen zu haben.

In seiner Erklärung hebt der Oberst hervor, daß die Militärmission entsprechend einem Abkommen mit den Sowjets die Rechte der Exterritorialität genieße.

Paktangebot zu Propagandazwecken

Kreml veröffentlicht Vorschläge — USA nehmen Stellung

Moskau (ap). Die Sowjetunion hat ihre jüngsten Vorschläge für den Abschluß eines Nichtangriffs- und Freundschaftsvertrages zwischen den Mitgliedsstaaten des Warschauer Paktes und der NATO veröffentlicht. Die Vorschläge waren den drei Westmächten, der Bundesrepublik und anderen europäischen Staaten in der vergangenen Woche übermittelt worden. In ihnen wird die Kürzung aller ausländischen Truppenkontingente in Deutschland, eine 800 Kilometer breite atomwaffenfreie Zone beiderseits der Demarkationslinie und die Luftinspektion dieses Gebietes zur Verhinderung von Überwachungsangriffen angeregt.

Der vorgeschlagene Vertrag würde nach Ansicht der Sowjetunion den Weg für umfassendere Abrüstungsvereinbarungen frei machen. In ihm sollen Sicherungen zur Verhinderung und Bekämpfung einer Aggression eingebaut werden. Diese Sicherungsmaßnahmen möchte die Sowjetunion durch die Verpflichtung aller europäischen Staaten und der USA untermauern, einem Aggressor in

Europa jede Unterstützung zu verweigern.

In einer ersten Stellungnahme zur sowjetischen Note erklärten Beamte des amerikanischen Außenministeriums, der vorgeschlagene Nichtangriffspakt sei eine „alte Angelegenheit“. Daß die Sowjets ihren Vorschlag gerade jetzt erneut herausstellten, sei wahrscheinlich propagandistisch bedingt, da sie daran interessiert seien, als Wahrer des Weltfriedens zu erscheinen.

Kirchen-Neubauten werden gestoppt

Geistliche in der Ausübung ihrer Amtspflicht behindert

Berlin (dpa). Mit einer Verschärfung des SED-Kurses gegen die katholische Kirche in der Sowjetzone rechnen maßgebliche kirchliche Stellen in der Bundesrepublik. Neuesten Informationen zufolge hat die SED Einreisebeschränkungen für die Bischöfe zu Visitationen, Haussuchungen bei Geistlichen und die Verweigerung der Ausreisegenehmigung von Geistlichen aus der Zone angeordnet. Die Einstellung von Kirchenneubauten (auch wenn bis zum letzten Nagel das Baumaterial aus der Bundesrepublik be-

schaftt worden ist) und die Unterbindung des kirchlichen Schulunterrichts in den Schulgebäuden sind weitere Anzeichen für eine Verschärfung des Kurses.

Nach Mitteilung des Untersuchungsausschusses freier Juristen wurde der Spremberger Zahnarzt Dr. Föst wegen „staatsverleumderischer Äußerungen“ vom Bezirksgericht Kottbus zu einem Jahr Gefängnis verurteilt, weil er den Ersten SED-Sekretär Walter Ulbricht als „Spitzbart“ bezeichnet hatte.

Jakob Kaiser:

Mahnung zum 20. Juli

Der frühere Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, Jakob Kaiser gehört zu den wenigen, denen es gelungen ist, dem Zugriff der Hitlerschen Gestapo nach dem 20. Juli 1944 zu entgehen — und zu denen, die den politischen Auftrag zur gemeinsamen deutschen Aufgabe seit jenen Tagen mit Leidenschaft und ungebrochener Energie tragen.

Die deutsche Widerstandsbewegung gegen Hitler, die am 20. Juli 1944 durch das Mißlingen des vorbereiteten Aufstandes ihren tödlichen Schicksalsschlag erlitt, scheint für manchen, dessen ganze Aufmerksamkeit dem alltäglichen Ablauf der Politik gehört, gänzlich in den Hintergrund getreten zu sein. Zwar sammelt sich noch in jedem Jahr am 20. Juli eine große Gruppe Beteiligter in Plötzensee und in der Stauffenbergstraße — früher Bendlerstraße — in Berlin, die der Bluturteile des Volksgerichtshofes über die Widerstandskämpfer gedenken. Ein Teil derer, die dort zusammenkommen, gehört noch zu den Mitgliedern der Widerstandsbewegung. Es sind jene, die sich vor der Freislerschen Justiz retten konnten. Die anderen — und das ist die größere Zahl — sind Hinterbliebene der Hingetöteten, vor allem ihre Frauen, Söhne und Töchter. Sieht man die Liste der Teilnehmer durch, so macht es sogar zuversichtlich, zu sehen, wie stark die Teilnahme der Söhne und Töchter der Gemordeten ist. Zuversichtlich deshalb, weil es dahin gedeutet werden darf, daß das Bewußtsein um den Aufstand des Gewissens gegen das System der Gewissenlosigkeit lebendig gehalten wird, auch wenn es in dem bewegten Ablauf der Weltpolitik — der Politik nicht zuletzt auch um unser Land — oft so scheinen will, als habe das Wissen um das Unheil der zwölf Hitlerjahre — stärker als es gut ist — an Umfang und Klarheit eingebüßt.

*

Die deutschen Politiker sahen sich in den ersten Jahren nach 1945 vor fast übermenschliche Aufgaben gestellt, um die unmittelbaren, geradezu apokalyptischen Folgen der zwölf Jahre zu meistern. Diese Folgen sind wenigstens für einen

Teil unseres Volkes überwunden worden. Aber das politische Unheil, die von den Alliierten in der Notwehr des Krieges geplante Teilung und Zerrissenheit unseres Landes ist fast versteinerte Tatsache geworden. Wer dazu beitragen will, diese Schicksalsfrage zu lösen, muß sich nicht zuletzt klar darüber sein, daß weder im Westen noch im Osten die Fülle des Mißtrauens und der Besorgnis vor Deutschland, die von dem Hitlersystem und seinen Taten in der Welt hervorgerufen wurde, so weit abgeklungen ist, daß wirkliche Bereitschaft bestünde, die deutsche Wiedervereinigung nach den Gesetzen der Freiheit zu ermöglichen.

Wir nennen nicht nur den Osten, nicht nur die Sowjetunion, sondern auch den Westen. Gerade die letzte Zeit hat ja wieder Beispiele dafür gebracht, wie sehr Deutschland und seine Teilung beziehungsweise seine Wiedervereinigung auch von westlichen Politikern und Publizisten unter dem Gesichtspunkt der Gefahren gesehen wird, die von einem wiedervereinigten Deutschland ausgehen könnten.

*

Diese Welle des Mißtrauens und der Besorgnis vor unserem Land, die durch die zwölf Hitlerjahre heraufbeschworen wurde, war es, deren Beseitigung oder zum mindesten Eindämmung die deutschen Widerstandskreise mit als größte Verpflichtung zum Handeln empfanden. Sie hofften in ihrem größten Teil, dabei zum mindesten in der westlichen Welt Verständnis zu finden. Zwar war das Gehör, das Karl Friedrich Goerdeler schon in den Hitlerjahren im westlichen Ausland fand, nicht gerade ermutigend. Man hat ihm ja deshalb wegen seiner immer wieder vorgetragenen Hoffnungen auch allzugroßen Optimismus vorge-

worfen. Niederschmetternd für den deutschen Widerstand war ja dann auch das Verhalten des Auslandes nach dem 20. Juli 1944. Und ebenso niederschmetternd die Reaktion der ersten Monate — um nicht zu sagen — Jahre nach dem Zusammenbruch des Dritten Reiches. Aber allmählich hat sich doch das Bestehen des deutschen Widerstandes als Quelle für die Erkenntnis durchgesetzt, daß unser Volk und der Nationalsozialismus keine Einheit waren.

Damit darf und muß man jene, die auch um dieses Zieles willen unter Hitler den Todesweg gingen, als wesentliche Helfer für die Politik von heute sehen, die sich entschlossen und zäh um die deutsche Wiedervereinigung bemüht. Und zwar nicht nur dem Westen, auch dem Osten, auch der Sowjetunion gegenüber. Denn bei aller entschiedenen Ablehnung des Systems, das die Sowjetunion vertritt und das sie einem Teil unseres Volkes nun schon mehr als ein Jahrzehnt aufgezwungen hat, können wir uns der Erkenntnis nicht verschließen, welche unheilvollen Eindrücke der Hitler-Einmarsch in die Sowjetunion hinterlassen mußte. Diese Erkenntnis büßt nicht dadurch an Klarheit ein, daß die Sowjetunion in ihrer Nachkriegspolitik kaum in der Anwendung von Gewalt zu über-treffen ist.

*

Eine der selbstverständlichen Haltungen der deutschen Widerstandskreise war der Wille zum Zusammenhalt aller freiheitlichen Kräfte, um dem Unheil des Nationalsozialismus begegnen zu können. Vom Sozialdemokraten bis zum Deutschen Nationalen gab es nur die eine Erkenntnis: Wir müssen uns auf einer Linie finden, damit wir dem Unheil gemeinsam begegnen können. Von der Verständigung der Konfessionen ganz abgesehen, die ja auch das bittere Ende überdauert hat und die in der Bildung der Christlich-Demokratischen Union ihre Verwirklichung fand. Es gehörte zu dem bewegendsten Geschehen von 1945, als sich vor allem die Männer und Frauen des Widerstandes in Berlin, das damals noch ganz im Zeichen der Eroberung durch die Rote Armee stand, zusammenfanden und den

Zusammenschluß der politischen Kräfte aus den verschiedenen Konfessionen vollzogen.

*

Darüber hinaus aber nahm die politische Entwicklung einen anderen Verlauf, als er von den Widerstandskräften geplant war. Die meisten Politiker, die in mühsamen Beratungen und Dokumentationen die Linie gefunden zu haben glaubten, auf der man sich zusammenfinden konnte, waren der Hitlerschen Justiz zum Opfer gefallen. Obwohl die Lage unseres Volkes nach Gemeinsamkeit des politischen Handelns rief, führten Schuld und Schicksal die freihheitlichen politischen Kräfte immer weiter auseinander. Nicht zuletzt auch in dem Anliegen

der Wiedervereinigung unseres Landes, dem Anliegen, dessen endliche Erfüllung nicht nur für uns selbst von Bedeutung ist, sondern das heute — seien wir uns klar darüber — einmal die Schicksalsfrage Europas werden könnte, profitieren die an der Aufrechterhaltung der Teilung Deutschlands interessierten Kräfte von der Gespaltenheit und der — leider immer noch — andauernden Feindseligkeit unter den freihheitlichen politischen Kräften in unserem eigenen Lande.

Eine Besinnung auf die Totten des 20. Juli müßte deshalb vor allem eine Besinnung auf selbstloses Zusammenwirken in der Politik um die Wiedervereinigung unseres Landes sein.

Die Zentralfigur

DT. Der ägyptische Staatschef und Präsident der Vereinigten Arabischen Republik versteht sich auf Überraschungseffekte. Während die Krise im Nahen Osten durch den Aufstand im Irak einem dramatischen Höhepunkt zustrebte, während die Weltmacht Amerika im Libanon Truppen landete und Großbritannien in sein altes arabisches Herrschaftsgebiet Jordanien militärisch zurückkehrte, war Nasser verschwunden. Montagabend verabschiedete er sich von seinem Gastgeber Tito an der Adria, um erst am Freitag wieder auf der Szene zu erscheinen. Diesmal in Damaskus, dem zweiten Sitz seiner Herrschaft.

Inzwischen war Nasser insgeheim in Moskau und sicherte sich offensichtlich aufs neue die Unterstützung der östlichen Weltmacht für seine großarabischen Pläne. Zugleich trat die Krise im Nahen Osten damit in ein neues, ein politisches Stadium. Und das heißt keineswegs in ein weniger gefährliches.

*

In Washington und London wird man sich nach der gescheiterten militärischen Intervention im Libanon wie in Jordanien noch eindringlicher als bisher fragen müssen, was man mit dieser ungewöhnlichen militärischen Kraftanstrengung

auf die Dauer politisch erreichen kann und zu erreichen wünscht; sicher nicht den inzwischen konsolidierten Staatsstreich im Irak rückgängig zu machen.

Die neuen Herrscher im Zweistromland haben zwar einen König, den Thronfolger und ein ganzes Regime „liquidiert“, jedoch das kostbare Öl fließt ungestört durch die Pipelines in die Häfen des Mittelmeeres. Die neue Regierung in Bagdad geht sehr vorsichtig zu Werke. Sie hat sich zwar die diplomatische Anerkennung des Ostblocks und vor allem Moskaus gesichert, aber den staatsrechtlichen Anschluß an den Herrschaftsbereich Nassers noch nicht vollzogen. Dieses wichtige öland des Nahen Ostens ist weder kommunistisch geworden noch hat es bisher einen antiwestlichen Kurs eingeschlagen.

*

Nur eins ist wahrscheinlich unwiderruflich geschehen: Nach Ägypten und Syrien hat nun ein drittes arabisches Land den panarabischen Nationalismus offiziell auf seine Fahne geschrieben. Diese Bewegung droht, sich wie ein Steppenbrand vom Mittelmeer über die ganze arabische Halbinsel auszubreiten und stellt die Könige in Jordanien, in Saudiarabien wie auch die ölwirtschaftlich nicht weniger wichtigen Herrschaftsbereiche der Scheichs

und Sultane am Persischen Golf in Frage. Für die Diplomatie Washingtons und Londons scheint eine entscheidende Stunde angebrochen. Man kann zwar König Hussein durch ein paar Tausend Fallschirmjäger zunächst sichern, und man kann auch die Kämpfe im Libanon durch amerikanische Truppen stoppen, den gesamtarabischen Nationalismus aber kann man dadurch kaum verhindern, ja, man wird ihm sogar neue und gefährlichere Antriebe verleihen.

Nasser jedenfalls hat die Gunst der Stunde begriffen. In Damaskus hat er die Freiheit für Jordanien und den Libanon, das heißt den Anschluß an seine Arabische Republik, geweissagt. Er konnte es, weil er sich vorher mit seinem geheimen Blitzbesuch in Moskau der sowjetischen Unterstützung für den äußersten Fall versichert hat. Dieser äußerste Fall könnte heißen, daß die Sowjetunion zwar nicht zu Atombomben greift und nicht um der Nahost-Krise wegen den dritten Weltkrieg zu entfesseln beabsichtigt, wohl aber ohne große Anstrengung in der Lage ist, die schon öfter von ihr angekündigten mohammedanischen „Freiwilligen“ aus ihren moslemischen Bereichen nach Arabien einzufließen.

*

Im übrigen läuft die östliche Propagandamaschine auf Hochtour. Die sogenannten spontanen Massendemonstrationen vor der amerikanischen Botschaft in Moskau waren wohl vorbereitete Schaustücke, für Wochenschauen und Propagandafilme bestimmt, die in den arabischen Ländern sehr bald über die Leinwand laufen werden, als Beispiele, wie sehr die russischen Massen den arabischen Freiheitswillen zu unterstützen beabsichtigen.

Vieles, wenn nicht alles, scheint davon abzuhängen, daß die angelsächsische Politik nicht nur mit der Stärke ihres Truppeninsatzes, sondern aus ihrer Einsicht in die kaum umkehrbare Entwicklung im arabischen Raum operiert. Die Zentralfigur dieser Bewegung ist trotz allen Grimmes in London und trotz aller bisherigen Abneigung in Washington eben jener ehemalige Oberst und heutige Präsident Nasser.

Bewegung im Reiche Nassers

Kommunistische Untergrundzentrale wühlt im Nahen Osten

Die überraschende Reise Nassers nach Moskau lenkt innerhalb der Nah-Ost-Krise nun auch in besonderem Maße die Blicke auf die Vereinigte Arabische Republik. Was wollte der ägyptische Staatschef bei Chruschtschow? Unser Korrespondent berichtet in diesem Zusammenhang über die kommunistische Untergrundbewegung in Syrien, die als Zentralstelle im gesamten Nahen Osten angesehen wird und die maßgeblich zu der gegenwärtigen Entwicklung im Libanon und in Jordanien beigetragen hat.

v. C. Damaskus, im Juli. Die Autobusse, die den vielen Kopfstationen in der „Avenue de la Victoire“ von Damaskus zuweilen, führen in diesen Tagen weniger Menschen heran, als noch vor Monaten. Damals, als Syrien noch ein selbständiger Staat war, kamen die Beduinen aus der Umgebung, die Menschen aus dem Kurdenviertel im Norden der Stadt, die Palästinaflüchtlinge aus ihren Lagern nach Damaskus, um — wie die damaligen Machthaber sagten — Syrien vor den einbrechenden Feinden zu verteidigen, schließlich aber, um eine Waffe in die Hand zu bekommen, die bis heute noch nicht wieder abgeliefert wurde. Jetzt ist auch Erntezeit, so daß die wenigsten in dieser gefährvollen Zeit über die nötige Muße verfügen, in die Hauptstadt zu kommen. Der Basar scheint ruhiger und stiller geworden.

Offiziere blicken nach Moskau

Das scheint aber nur so, denn — welches Regime in Damaskus auch immer herrschen mag — die Politik wird durch den Basar sehr wesentlich beeinflußt. Wenn vor Monaten den Fremden eindeutig gesagt wurde, daß die Herrschaft der Offiziersclique, die sich mit Moskau verbunden hatte, nur kurze Zeit dauern könne, so hört man heute von den Händlern, daß die stürmische Entwicklung rund um Syrien und insbesondere die selbst von keinem Geheimdienst ausgemachte überraschende Reise Nassers über Damaskus nach Moskau wiederum zu Sorge Anlaß gibt.

Hier, im Soukh-el-Hamidiye, sitzen die Händler ruhig und still in ihren engen Kojen, hocken auf kleinen Teppichen, verhandeln mit größter Geduld

mit ihren Kunden. Diese Geduld zeichnet sie auch aus, wenn sie die politische Entwicklung verfolgen, die sich rund um den Basar zeigt: Sie hatten Geduld mit den kommunistischen Offizieren.

„Baas-Partei“ gegen die Fremden

Wenn man mit Abdullah oder Hamid spricht, Händlern, die um ihren Turban ein gelbeschleiertes Tuch geschlungen haben zum Zeichen, daß sie der Schrift mächtig sind und zu den Gelehrten gehören, oder ob man mit jenem Verkäufer von Gummihandschuhen redet, der einen grünen Turban trägt als äußeres Zeichen, daß er ein Nachkomme des Propheten Mohammed ist —, sie alle erklären übereinstimmend, man hat zwar in Syrien nach dem Zusammenschluß mit Ägypten alle Parteien aufgelöst, konnte aber den Zentralrat der „Baas-Partei“, der von Damaskus aus die Fremdenfeindlichkeit im ganzen Nahen Osten entfacht, ebenso wenig verbieten wie den „Zentralrat der kommunistischen Partei“, der von hier aus die kommunistische Bewegung in den Nachbarstaaten, in Libanon, in Jordanien und dem Irak, lenkt. Die eine und die andere dieser Organisationen, die nicht verboten werden können, weil sie nach außen hin nur Zentralstellen sind, die ihre Tätigkeit in den nicht zum syrisch-ägyptischen Block gehörenden — also als Feinde angesehenen — Nachbarländern ausüben, diese Organisationen betreiben weiterhin auch in Syrien ihre Propaganda, gelten als Waffenlieferanten und stehen im Dienste gewisser Polizeistellen: Sie sind — wie man in Soukh hört — die Zentralen von Untergrundbewegungen. Kommen hinzu noch die „Islam-

Brüder“, die trotz aller Verbote in Ägypten ihre Tätigkeit in Syrien weiter ausüben dürfen, eine sehr gefährliche Tätigkeit übrigens, da sie sich nicht scheuen, mit den Kommunisten zusammenzugehen, wenn es gegen die westliche Welt, also gegen die Imperialisten und Erdölkonzerne, geht.

An die sowjetischen Frauen

Es genügt, einige Tage in Damaskus zu bleiben, um zu verstehen, daß von hier aus die Unruhen im benachbarten Libanon und Jordanien gelenkt wurden. Es brauchten durchaus nicht erst in der libanesischen Stadt Tripoli, dem Zentrum des Aufstandes gegen Beirut, Waffen beschlagnahmt zu werden, die aus syrischen Militärbeständen stammen, es ist genug, wenn man die Aufrufe hört, die die „Frauenliga zum Schutze der Kinder und Mütter“ in Damaskus an die „Sowjetische Frauen-Vereinigung“ gerichtet hat, um sie aufzufordern, für den Schutz des „geknechteten libanesischen Volkes“ einzutreten. Die Händler im Soukh haben recht, wenn sie erklären, daß die kommunistische Gefahr im Nahen Osten und insbesondere in Syrien durchaus nicht gebannt ist.

Sie verfolgen aber auch mit Sorge die wachsende Bewegung, die darauf abzielt, sich von Ägypten wieder zu trennen. Daß Kairo die Provinz Syrien ausbeutet, darüber herrscht hier kein Zweifel: Das ausgehungerte Ägypten kam in das mit Waren aus aller Welt überfüllte Syrien. Ägyptische Flugzeuge fliegen schwerbeladen aus Damaskus ab, und es ist auffallend, wie rasch sich die syrischen Warenlager leeren.

Wer steckt hinter alledem? Diese Frage stellte man sich in den Soukhs und — was nicht minder Sorge bereitet — ist die Tatsache, daß das vorangegangene kommunistisch ausgerichtete Regime das Volk bewaffnet hat und heute in der Wüste, in den Landwirtschaftsgebieten, in den Städten und Dörfern jedermann sein Gewehr besitzt. Gegen wen werden diese Waffen gerichtet sein?

Freigesprochen – moralisch jedoch nicht

Westberliner Strafkammer: Sowjetzonen-Richter beging keine Rechtsbeugung

K. Berlin (Eigenbericht). Ein bemerkenswertes Urteil fällte erstmalig die 2. Große politische Strafkammer beim Westberliner Landgericht. In zweiter Instanz sprach es den ehemaligen Oberrichter der Politischen Strafkammer in Magdeburg, Ernst Oehme, von der Anklage der Rechtsbeugung frei. Oehme war im März 1957 von einer Großen Strafkammer in Moabit wegen dieses Deliktes zu 2½ Jahren Zuchthaus und drei Jahren Ehrverlust verurteilt worden. Er war damals für schuldig befunden worden, als Richter in einem Prozeß gegen Angehörige der Zeugen Jehovas in der Sowjetzone unverantwortlich hohe Zuchthausstrafen verhängt zu haben. Der Bundesgerichtshof hatte dieses Urteil aufgehoben und den Fall zur nochmaligen Verhandlung an die 2. Große Strafkammer verwiesen.

Nach mehrtägiger Beweisaufnahme, in der zahlreiche Zeugen, darunter ein ehemaliger Generalstaatsanwalt sowie Richter und Rechtsanwältinnen aus der Sowjetzone, die sich jetzt in Berlin befinden, vernommen worden sind, kam die Strafkammer zum Freispruch.

§ 336 der Strafprozeßordnung sagt:

„Ein Beamter oder Schiedsrichter, welcher sich bei der Leitung oder Entscheidung einer Rechtssache vorsätzlich zugunsten oder zum Nachteil einer Partei einer Beugung des Rechts schuldig macht, wird mit Zuchthaus bis zu fünf Jahren bestraft.“

Der deutsche Richter, so führte der Vorsitzende in der Urteilsbegründung aus, ist nach dem Gesetz unabhängig und einzig und allein dem Gesetz unterworfen. Im vorliegenden Fall sei jedoch zu prüfen gewesen, ob Oehme als Richter im Sinne des Gerichtsverfassungsgesetzes anzusprechen gewesen sei. Es habe sich jedoch herausgestellt, daß Oehme zur Tatzeit ein Richter mit Kündigungsfrist war, der nicht unabhängig, sondern entgegen dem bei uns herrschenden Gesetz weisungs-

gebunden und dadurch lediglich Funktionär und Befehlsempfänger gewesen ist. Das sei durch die dem Gericht vorliegenden Unterlagen als erwiesen anzusehen. Eine der zahlreichen Anweisungen hätten den Richtern in der Sowjetzone beispielsweise zur Pflicht gemacht, sich bei ihren Urteilen nach den Strafanträgen des Staatsanwalts zu richten und sie zu respektieren. Ein früherer Generalstaatsanwalt bestätigte das mit den Worten: „Unter Druck haben wir alle gestanden.“ Der Vorsitzende führte aus, daß Oehme also kein Richter nach rechtsstaatlichen Grundsätzen gewesen sei. Deshalb könne er auch nach unserem Gesetz nicht wegen Rechtsbeugung bestraft werden. Aus diesem Grund habe ihn das Gericht freisprechen müssen.

„Ein juristischer Freispruch ist kein moralischer Freispruch“, rief der Vorsitzende Oehme zu, als dieser allzu deutlich Freudensäußerungen über das freisprechende Urteil zeigte. Dieser Freispruch, so fuhr der Vorsitzende fort, sei kein Anlaß für Oehme, mit fliegenden Fahnen und dem Gefühl, einen Sieg über die Justiz davongetragen zu haben, den Gerichtssaal zu verlassen. Der Freispruch sei erfolgt, weil bei uns im freien Teil Deutschlands das Recht gewahrt würde. Aus diesem und keinem anderen Grunde habe das Gericht seine Entscheidung getroffen. Moralisch habe Oehme auf jeden Fall eine schwere Belastung auf sich geladen.

Der Angeklagte ist Volljurist. Seit 1953 lebt er in Westberlin. Der Staatsanwalt, der die Schuldfrage wieder bejaht und wieder 30 Monate Zuchthaus beantragt hatte, wird vermutlich gegen das freisprechende Urteil Revision einlegen.

*

DT. Juristisch freigesprochen — moralisch nicht. So lautet das Urteil des Berliner Landgerichts. Eine große Verbeugung vor dem Rechtsstaat, den der freie Teil Deutschlands

hier unternimmt, wird mit einem Entscheid von moralisch und politisch großer Bedenklichkeit erkaufte. Der freigesprochene Richter war ein Richter im kommunistischen Unrechtsstaat, und die Urteile, die er dort zu fällen hatte, waren offensichtlich Bekundungen des Unrechts. Das Gericht im freien Berlin sieht dies wohl, aber es unterscheidet zwischen Recht und Gesetz. Es billigt dem heute formal Freigesprochenen die Chance der Freien zu, er sei kein Richter im Sinne des Rechtsstaates gewesen, also nicht frei und unabhängig, sondern ein Befehlsempfänger und weisungsgebundener Funktionär.

Das ist formaljuristisch gewiß ausreichend, um dem nach der Bundesrepublik geflohenen ehemaligen Funktionär des Unrechtsstaates den Makel der „Rechtsbeugung“ zu nehmen. Kein Wunder, daß der Staatsanwalt im freien Berlin auch weiterhin bei seinem Antrag blieb, ihn für 30 Monate mit Zuchthaus zu bestrafen. Der Rechtsstaat Deutschland ist hier in einem großen Dilemma. Der betroffene Mensch in diesem Rechtsstaat — und dies sind wir alle — muß höchst unbefriedigt bleiben, wenn er den Angeklagten freigesprochen sieht, der die Gesinnung als Verbrecher verurteilt. Das Recht zur Wandlung muß jedem Menschen zugestanden werden, also auch dem Richter Oehme aus Magdeburg. Wir hoffen, daß vom ehemaligen Landgerichtsdirektor des Unrechtsstaates wenigstens diese Wandlung erwartet werden kann. Aber wir meinen, daß er die ihm auch vom Richter zugewiesene und im Freispruch verkündete Verurteilung anders tragen müßte, als durch eine bloße Eingliederung in die Gemeinschaft der Freien.

Wie lebt man heute in Stettin?

II. Mit der Rückfahrkarte über die Oder-Neiße-Linie

Der erste Eindruck, den unsere Besucherin in Stettin empfängt, ist der Mangel an allen lebensnotwendigen Dingen. Wo solche angeboten werden, sind sie so unerschwinglich hoch im Preis, daß die meisten darauf verzichten müssen. Und wie sieht die Stadt heute aus? Nach polnischer Version ist sie „eine reiche Stadt und hat einen schönen Hafen“. Folgen wir weiter der Erzählung von Frau Irmgard.

Was hat sie ihrer Schwester in den letzten Jahren immer wieder schicken müssen? Gardinenstangen, Scheibengardinen, Gasanzünder, Topfschrubber, Topflappen, Stecknadeln, Reißverschlüsse, Knöpfe, Farbe, Tinte, Waschmittel. Und vor allem Schuhe und Strümpfe. Für die Strümpfe muß die Schwester zwar für das Paar 40 Zloty Zoll bezahlen, bekommt aber beim Verkauf der Strümpfe 150 Zloty dafür.

Füllfederhalter, die sie gelegentlich auch mitgeschickt hat, sind im polnisch verwalteten deutschen Osten nicht zu gebrauchen, weil die dickflüssige Tinte, die es dort gibt, dafür nicht zu verwenden ist.

Seit der Ankunft bei ihrer Schwester in Stettin kann sich Frau Irmgard erst ein richtiges Bild davon machen, welchen Entsagungen und Entbehrungen die Deutschen, die unter den Polen noch in den östlichen Provinzen leben müssen, ausgesetzt sind.

Was ist ein Monatsgehalt von 800 Zloty, wie es der Schwager verdient, wenn man für einen Meter Anzugstoff 300 bis 800 Zloty und für ein Paar Schuhe von der Qualität, wie man sie in der westdeutschen Bundesrepublik seit der Währungsreform nicht mehr kennt, 250 bis 600 Zloty bezahlen muß, wenn ein Kilo Schmalz 38 Zloty, Butter 26,50 Zloty, Fleisch 20 bis 33 Zloty, Tomaten 10 Zloty, Brot 3,70 Zloty und ein Huhn oder eine Ente 36 Zloty kosten!

Mit welcher Freude angesichts solcher Verhältnisse die Sachen aufgenommen werden, die aus Frau Irmgards Koffer zum Vorschein kommen, braucht wohl nicht geschildert zu werden. Eine Uhr, die sie aus Westdeutschland mitgebracht hat, kann ihre Schwester für 2000 Zloty verkaufen und einen Unterrock für 300 Zloty.

Für Frau Irmgards zehnjährige Nichte gibt es noch

eine Extrafreude. Sie kann zum erstenmal in ihrem Leben eine Banane essen.

Einheitliche Arbeitskleidung

Eine der wichtigsten Aufgaben, die Frau Irmgard und ihre Tochter nach der Ankunft in Stettin zu erfüllen haben, ist, sich bei der Polizei und bei dem für das Haus ihrer Verwandten zuständigen Blockwart anzumelden. Das Polizeiamt befindet sich in der ehemaligen Elisabethstraße. Die Behördenangestellte trägt einen dunkelblauen Kittel mit weißem Kragen, wie man ihn in Stettin jetzt auch bei den Lehrerinnen und Verkäuferinnen sieht. Es ist die einheitliche Arbeitskleidung, die den Frauen beim Straßenbau ebenso geliefert wird wie den Männern bei der Fabrikarbeit.

Das Wiedersehen mit ihrer Heimatstadt überzeugt Frau Irmgard schon auf den ersten Gängen durch die Straßen davon, daß die meisten Nachrichten, die sie im Laufe der letzten Jahre über Stettin gehört und gelesen hat, nicht mehr stimmen.

Die 2000 Deutschen, die noch in Stettin leben, haben sich wieder über die ganze Stadt verteilt. Ihre Wohnungen sind schon von ferne zu erkennen. „Wo ein Blumenbrett vor dem Fenster ist“, klärte eine Landsmännin Frau Irmgard auf, „da wohnt ein Deutscher.“

Was blieb erhalten?

Während der nächsten Tage ließ sich Frau Irmgard keine Gelegenheit entgehen, um festzustellen, wie sehr sich Stettin verändert hat. Wer in der jetzt polnisch verwalteten Großstadt will, sammelt sich an der Haltestelle gewöhnlich aus den Ruinen einige Ziegelsteine auf, setzt sich darauf und wartet, bis die Bahn angeklingelt kommt. Anerkannt muß jedoch werden, daß sich Stettin neue

Straßenbahnwagen angeschafft hat, die in der Tschechoslowakei hergestellt worden sind.

Die Kaiser-Wilhelm-Straße, die früher von besonders vornehmen Gepräge war, hat zwischen dem Kaiser-Wilhelm-Platz und dem Kaiser-Wilhelm-Denkmal zwar an jeder Seite aus den Trümmerresten vier neue Häuser erhalten, sieht sonst aber sehr ungepflegt und vernachlässigt aus.

Auf dem Paradeplatz setzt Frau Irmgard ihren Weg an der Westseite, vorbei am Café Ponath, das jetzt ein Möbelgeschäft ist, und an der Oberpostdirektion nach dem Berliner Tor fort, denn die Ostseite, die früher der Boulevard Stettins war, ist fast nur noch eine Ruinenreihe. Die Franziskaner-Ecke am Berliner Tor ist, wie schon oft berichtet wurde, verschwunden. Im Ufa-Haus ist ein Geschäft eröffnet worden, aber nur im Erdgeschoß. Die großen Caféfenster in der ersten Etage sind mit Blechplatten vernagelt. Neben dem Ufa-Haus ist ein kioskartiger Bücherladen entstanden, der das Wort „Bücher“ in Riesenlettern in fünf Sprachen trägt. Dieser Firmenhinweis „Bücher“ ist das einzige deutsche Wort, das Frau Irmgard auf ihren Rundgängen in Stettin zu sehen bekommen hat.

Von der Altstadt zwischen dem Paradeplatz und dem Bollwerk ist außer dem teilweise zerstörten alten Herzogschloß nur das Feuerwehredepot in der Mönchenstraße erhalten geblieben. Neben dem Schloß, in dessen Ruinen noch Steine geklopft werden, ist aber ein Behördenhaus entstanden. Der Hof des Greifenschlosses, auf dem früher eine Büste des Großen Kurfürsten stand, ist von Unkraut überwuchert. Unterhalten wird von den Polen lediglich das Mausoleum mit den Sarkophagen der pommerschen Herzöge, die den Reisegesellschaften aus Warschau gegenüber zur Rechtfertigung der heutigen polnischen Gebietsansprüche auf den deutschen Osten fälschlich als die Grabmäler polnischer Landesherren ausgegeben werden. (Schluß folgt)

Privatwirtschaft vor dem Ende

Ulbricht gab das Signal — Erkenntnisse des V. SED-Parteitag

Berlin (Eigenbericht). Während der V. SED-Parteitag die unausgegügelte Haltung der sowjetzonalen Machthaber in der deutschen Frage untermauert, geht aus den Beschlüssen hervor, daß sich das Regime für die nächsten Jahre mit gewaltigen Kraftanstrengungen für die Bevölkerung und unter großer materieller Hilfe des Ostblocks zu einem politischen und wirtschaftlichen Wettbewerb mit der Bundesrepublik rüsten will. Die Wiedervereinigung wird bewußt auf die lange Bank geschoben, um unterdessen eine Position zu erreichen, von der aus die SED glaubt, die Deutschlandfrage lösen zu können.

Die Wirtschaftsziele, die Ulbricht vor dem Parteitag proklamierte, erschienen westlichen Beobachtern trotz der ungewöhnlich hochgeschraubten Planzahlen zum ersten Male gründlicher durchdacht. Ziel des SED-Chefs ist es, möglichst schon am Ende des dritten Fünfjahresplans im Jahre 1965 den Sozialismus als erreicht ausrufen zu können. Die hemmenden Elemente auf diesem Weg, die Privatindustrie, die noch immer große Zahl der Einzelbauern, das private Handwerk und der private Einzelhandel sollen systematisch isoliert und schließlich beseitigt werden. Der Parteitagbeschluss spricht von einer „gründlichen Überzeugungsarbeit“, die unter dem Mittelstand notwendig sei.

Zwar wird Freiwilligkeit bei der Umwandlung der privaten Unternehmen zugesichert, jedoch gleichzeitig klargestellt, daß alle Kräfte nur eine Richtung einzuschlagen haben — die in den Sozialismus. Die SED will dabei den Bogen mit administrativen Maßnahmen nicht überspannen, da sie in den kommenden Jahren einen stärkeren Einsatz der gesamten Bevölkerung für ihre Wirtschaftsziele verlangen muß. Man will mehr Initiative zulassen, um das schwere Gepäck abzubauen, das der Sowjetzonenwirtschaft durch Aufblähung, Bürokratie, Materialverschwendung, Schluderei und Fehlplanungen wie Bleigewichte anhaften.

Dokumentenfälscher am Werke

Kommunistisch gesteuerte Briefaktion gegen Politiker

München (dpa). Der Staatssekretär im bayerischen Innenministerium, Heinrich Junker, bezeichnete eine anonyme Briefaktion, mit der schwere Beschuldigungen gegen den Vorsitzenden der BHE-Fraktion im bayerischen Landtag, Dr. Walter Becher, erhoben wurden, als eine „geschickte, aber glatte Fälschung“.

Eine Anzahl von namhaften bayerischen Politikern, in erster Linie Landtagsabgeordnete, haben in den letzten Tagen Fotokopien von angeblichen Schreiben der Interpol Wien und des Bundeskriminalamtes Wiesbaden an das bayerische Landeskriminalamt erhalten, in denen dem BHE-Politiker Verfehlungen krimineller Art, begangen in Österreich, vorgeworfen werden. Junker betonte, obwohl diese Fotokopien den Anschein der Echtheit erwecken — sogar

die Aktenzeichen und Unterschriften sind nicht fingiert —, seien sie eine „diabolisch ausgedachte und raffiniert ausgeführte Fotomontage“. Der Staatssekretär deutete an, das Landeskriminalamt sei den Urhebern bereits auf der Spur.

Auf einer Pressekonferenz gab Dr. Becher bekannt, es würden ihm angebliche Verfehlungen gegen den Paragrafen 175 des deutschen Strafgesetzbuches vorgeworfen. Er nehme an, daß diese Aktion kommunistisch gesteuert wird, vermutlich in Verbindung mit dem ehemaligen westdeutschen Flüchtlingskongreß. Das bayerische Landeskriminalamt habe ihm bestätigt, daß die Dokumente einwandfrei gefälscht sind. Er habe bereits am vergangenen Dienstag Anzeige gegen Unbekannt erstattet.

„Niemals wieder!“

Hamburg (dpa). 300 Kadetten der gegenwärtig im Hamburger Hafen liegenden amerikanischen Kriegsschiffe marschierten zum Rathausmarkt, um vor dem Denkmal für die Gefallenen des ersten Weltkrieges einen Kranz niederzulegen. Ein amerikanischer Fähnrich sagte dabei: „Wir widmen diesen Kranz den Deutschen und den Amerikanern, die vor Gott ihr Leben tapfer dahingegeben haben für die gerechte Sache, an die sie glaubten. Es ist unser Gebet, daß dies niemals wieder geschehen werde.“

Automatischer Fensteröffner

Frankfurt (ap). Eine britische Firma hat einen automatischen Fensteröffner entwickelt, der je nach der Temperatur ein Fenster selbsttätig öffnet oder schließt. Der Ventilationsregler, der die Bezeichnung „Thermoforce“ trägt, läßt sich an jedem Scharnierfenster anbringen. Er besteht aus einem Zylinder, der eine besonders wärmeempfindliche Masse enthält, die sich je nach der Temperatur zusammenzieht oder ausdehnt und dabei einen Stößel bewegt, der das Fenster öffnet oder schließt. Weitere Geräte dieser Art werden zur Zeit vom Hersteller des Geräts für die Belüftung von Fabriken, für Klimaanlage und andere Einrichtungen entwickelt.

Rebenstand „nahezu gut“

Mainz (dpa). Über die Aussichten der diesjährigen Weinernte läßt sich, vor allem wegen der unsicheren Witterung, gegenwärtig noch wenig sagen. Immerhin wurde Ende Juni der Stand der Reben im größten Weinland der Bundesrepublik, in Rheinland-Pfalz, nach einem Bericht des Statistischen Landesamts mit „nahezu gut“ bewertet. Geklagt wurde vor allem über zuviel Regen und fehlenden Sonnenschein. Direkte Schäden sind jedoch noch nicht entstanden. Die kühle Witterung hat aber das Wachstum der Reben gehemmt und den Beginn der Blüte hinausgezögert.



BILDER DER WOCHE. Oben: Erstes Gespräch nach der Landung. Admiral Holloway, der Oberkommandierende der USA-Flotte im östlichen Atlantik und im Mittelmeer (zweiter von links) bei einem ersten informatorischen Zusammentreffen mit dem amerikanischen Botschafter im Libanon, McClintock (rechts). — Unten: USA-Flottenbesuch in Hamburg. Mit insgesamt 20 Einheiten ist die 2. USA-Flotte zu einem Höflichkeitsbesuch in Hamburg und Bremerhaven eingetroffen. Der 17 700 BRT große Kreuzer „Northampton“ an der Hamburger Überseebrücke.

